DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 27.06.2018

**AN/1075/2018**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---|---|
| Stadtentwicklungsausschuss | 28.06.2018 |

**Änderungsantrag zu TOP 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) - Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Kienitz,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zu Top 10.2 „Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) – Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch“ auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu nehmen:

**Beschluss:**

1. 30% der Wohnfläche sind als geförderter Wohnraum zu realisieren, die Kriterien des neuen kooperativen Baulandmodells sind anzuwenden.
2. Für die aktuellen Bewohner*innen des Areals sind einvernehmliche Lösungen herzustellen.
3. Die Versorgung mit Grundschulplätzen ist im Detail nachzuweisen.
4. Es sind lediglich 0,5 statt der vorgesehenen 0,7 Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen.

**Begründung:**

Zu 1.: Die Verwaltung möchte durch ein rasches Verfahren dem Investor ermöglichen, nach dem „alten“ kooperativen Baulandmodell zu bauen. Damit aber wäre man abhängig vom Wohlwollen des Investors.

Zu 2.: Derzeit wird das Gelände durch wenige Bewohner genutzt, die in Eigenregie ihre Häuser gepflegt und in Stand gehalten haben. Es ist zu gewährleisten, dass die aktuellen Bewohner auch nach dem Bau der neuen Siedlung ein gutes Zuhause haben.

Zu 3.: In Weidenpesch kommt die Schulentwicklung dem Bevölkerungswachstum kaum nach. Nur wenn jedes Kind fußläufig zur nächsten Grundschule gelangen kann, werden Neubauprojekte auch bei kritischen Bürgern Akzeptanz finden.

Zu 4.: Die nächste Straßenbahnhaltestelle liegt lediglich 300 Meter entfernt. Es kann davon ausgegangen werden, dass viele Bewohner*innen auf einen eigenen PKW verzichten. Die Baukosten und damit die Mietpreise können durch weniger Stellplätze günstiger ausfallen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Michael Weisenstein

Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE